

FI-01-19 So schaffen wir das in NRW

Antragssteller*in: Felix Banaszak u.a.

Gegenstand: Flüchtlingspolitik

Anmerkungen

Änderungsantrag

1 Ersetze Z. 19-26 (inkl. „... entgegenstellen“) durch:

2 Wir halten die von der Bundesregierung mit Nachdruck betriebene Ausweitung der „si-
3 cheren Herkunftsstaaten“ für falsch. Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“ er-
4 klären. Stattdessen erschwert die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat den Zugang zu
5 Schutz. Unser Ziel bleibt, das Konstrukt der vermeintlich „sicheren Herkunftsstaaten“
6 abzuschaffen. Dafür setzen wir uns als Grüne in der Landesregierung ein.

7 Wir Grüne stehen weiter für eine menschenrechtsorientierte und humane Flüchtlings-
8 politik und setzen uns dafür ein, bei veränderten politischen Mehrheitsverhältnissen die
9 von der Großen Koalition erzwungenen Verschärfungen zurückzunehmen. Soweit die
10 im Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz festgeschriebenen Soll- und Kann-Bestim-
11 mungen im Bereich Sachleistungen, Verweildauer in Erstaufnahmeeinrichtungen oder
12 bei Abschiebungen Spielräume bieten, Härten für die Geflüchteten bei der Unterbrin-
13 gung zu vermeiden, werden wir in Nordrhein-Westfalen eine flüchtlingsfreundliche, hu-
14 mane und respektvolle Handhabung dieser Bestimmungen anwenden.

15 Dennoch ist mit den neuen Vorhaben der Großen Koalition deutlich gewor-
16 den, dass weitere Verschärfungen im Asylrecht drohen. Dem werden wir
17 uns entschieden entgegenstellen. Wir wenden uns deshalb gegen die ge-
18 planten Beschränkungen von Verfahrensrechten und Rechtsschutzmög-
19 lichkeiten im Asylverfahren und lehnen auch weitere Beschränkungen der
20 Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden ab. An Residenzpflichtverstöße dür-
21 fen keine leistungsrechtlichen Beschränkungen oder Einstellungen des
22 Asylverfahrens geknüpft werden. Auch eine Eigenbeteiligung an den Kos-
23 ten der Integrationskurse halten wir für falsch. Faktisch würde sie Asylsu-
24 chende vor die Wahl zwischen dem Erwerb von Deutschkenntnissen und
25 einem menschenwürdigen Leben stellen. Ebenfalls lehnen wir Transitzo-
26 nen an den Binnengrenzen ab, weil dadurch Flüchtlingslager im Niemands-
27 land entstehen. Die Diskussion darum hat Politik und Behörden wochen-
28 lang gelähmt. Mit nur sehr eingeschränktem Rechtsschutz wird, ähnlich wie

29 bei Flughafenverfahren, in wenigen Tagen über das Schicksal von Men-
30 schen gerichtet, die auf der Flucht ihren Pass verloren haben oder trauma-
31 tisiert sind und unter dem Druck der Beamt*innen nicht sprechen können.
32 Die von der EU als rechtswidrig eingestuften Schnellverfahren bieten daher
33 keinen ausreichenden Rechtsschutz.

Antragssteller*innen:

Felix Banaszak (KV Duisburg), Katharina Weiler (KV Bochum), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Andrea Woerle (KV Duisburg), Volker Beck (KV Köln), Tim Achtermeyer (KV Bonn), Peter Knitsch (KV Mettmann), Ali Bas (KV Warendorf), Dietmar Beckmann (KV Duisburg), Karsten Finke (KV Bochum), Sebastian Pewny, (KV Bochum), Lukas Flohr (KV Köln), Lukas Benner (KV Aachen), Saskia Strasdat (KV Mülheim), Nils Lessing (KV Mettmann), Martin Heyer (KV Bonn)